

Horst Hoyer

325 Haemln 26.3.1974.

Herrn
Sozialminister Partzsch

3 H a n n o v e r
Sozialministerium.

26.4.74

1.4.

107.1.74

Betr.: Ihr Referat in der SPd-Versammlung in Hameln 21.3.74.

Sehr geehrter Herr Minister Partzsch!

In der SPD-Veranstaltung vom 21.3. in Hameln
hatte ich Gelegenheit, Ihren Ausführungen meine großen
Bedenken gegenüberzustellen.

Da Sie mein Vorbringen auf die leichte Schulter nahmen,
zum Teil sogar zu verharmlosen suchten, halte ich es für
notwendig, in diesem offenen Brief wenigstens einen Teil
meiner Warnungen schriftlich zu fixieren und Ihren Aus-
flüchten nochmals entgegenzutreten.

Sie sollen daraus Ihre Mitverantwortung
besonders an dem gefährlichen und unwirtschaftlichen
Irrweg der Kernspaltungsenergie erkennen:

Sie stellten es so dar, als ob
Einwirkungen von aussen auf Atomkraftwerke (auch mit der
UdSSR) durch Abkommen aus der Welt geschaffen werden könnten.
Es ist heute jedoch allgemein bekannt, daß es keine Sicherheit
für Kernkraftwerke, Aufbereitungsanlagen und Atommüll-Depo-
nien gegen

kriegerische Einwirkungen aller Art, gegen Sabotage und
gegen Terrorhandlungen gibt.

Das sagen das IRS, der Vorsitzende der Reaktorsicherheits-
Kommission, das RWE , technischen Zeitschriften, Tages-
Zeitungen und das Fernsehen!

Sie erklärten in Hameln, dass den von mir zitierten warnenden Wissenschaftlern eine Reihe von bedenken-losen Wissenschaftlern gegenüberstehen würden.

Hierzu kann ich nur sagen:

Solange den Befürwortern der Kernspaltung nicht der Beweis geglückt ist, daß jede Katastrophe auszuschließen ist, müssen die ernstesten Warnungen der Gegner ihre Geltung behalten.

Wie aber, Herr Minister, soll ein Verhalten erklärt werden, den Warnern zu mißtrauen und den Verharmlosern zu folgen?

Haben Sie, Herr Minister Partzsch einmal den Katastrophenschutz-Plan für Würgassen mit Sorgfalt gelesen? Oder den für Karlsruhe? Müßten Sie dann nicht mindestens dafür eingetreten sein, daß Würgassen einen eigenen Katastrophen-Hilfszug bekäme, anstatt auf den einen Hilfszug der BRD (in Karlsruhe stationiert !) angewiesen zu sein?

Das Ziel der Energiewirtschafts-Gesetze ist:

"die Energie-Versorgung nicht nur so sicher, sondern auch so billig wie möglich zu gestalten"

Für Würgassen, hatten Sie früher erklärt, sei die Entscheidung zugunsten eines Kernkraftwerkes ausschließlich wegen des mit Abstand niedrigeren Stromerzeugungs Preises gegenüber konventionellen Kraftwerken gefallen.

Sie werden inzwischen selber erfahren haben, Herr Partzsch, daß Würgassen bisher schon hunderte von Millionen DM Verluste gebracht hat und in 3 Jahren nur eine Verfügbarkeit von 20% erreichen konnte.

Seit dem 23. Februar 74 liegt Würgassen nun bereits wieder- und wahrscheinlich für wieder 6 Monate still!

Das gibt bestimmt keinen konkurrenzfähigen Strom, auch nicht bei 1 300 MW wie für Grohnde nun geplant!

Jeder Störfall war bisher nur von einer Kleinigkeit ausgelöst, bisher hat es gerade noch am GAU vorbeigeführt. Wenn es nun aber doch passiert!? Wer trägt die Verantwortung ?

26.3.74.

Bei jedem der zahlreichen Störfälle an Kernkraftwerken heißt es schon in der Presseveröffentlichung:

"Die Ursache wird noch untersucht. Personal und Umwohner erlitten keine Schäden" (!)

Haben Sie Herr Sozialminister einmal den unmöglichen Wahrheitsgehalt dieser immer wiederkehrenden Formulierung überlegt?!

Strahlungssehäden wirken meistens doch als Langzeitschäden. Wie kann eine Werksleitung schon am 1. Tag nach einem Störfall derartige Verharmlosungen erklären?

Sicherlich doch nur, um das Eingreifen des Staatsanwaltes und um Schadenersatzansprüche abzuwehren.

Ihnen, Herr Minister Partzsch scheinen auch die Aussagen "Pro und Kontra Kernenergie" aus der Diskussion im nieders. Landtag vom 15.2.74. unbekannt geblieben, obwohl sie in den Tageszeitungen ausführlich zu lesen waren.

Zwischen den Bejahern und den Warnern stand lt Pressebericht (z.B. HAZ vom 16.2.74. Seite 10) daß Prof. Eduard Pestel der TU Hannover vor überstürzter Entwicklung nur der Kernspaltungsenergiegewinnung warnte und auch davor, daß die Entwicklung anderer Methoden- etwa der Gewinnung von Sonnenenergie und andere - gehemmt würde.

Schließlich bereitet das Atommüll-Problem besonders für das Land Niedersachsen ganz besonders große Sorgen:

Daß die Endablagerung von Mittel-aktiven und von hochaktiven Atommüll in Asse 2 noch im Vorversuchsstand sich befindet, können Sie aus der Broschüre der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltschutz 8042 Neuheerberg " Zur Sicherheit der Endablagerung radioaktiver Abfälle in Asse " (Seiten 22,24 28) nachlesen.

Es kommt für Niedersachsen der Kreuz- und Quertransport vom Atommüll bis hin nach Asse 2 hinzu!

Und wie ist es mit der "Einmottung" der Atomkraftwerke nach 20 Betriebsjahren ?!

Kochschings will,

